Nr. 47. 14. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo" erscheint täglich, außer Montags.
Der Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt") beträgt: durch die Post bezogen (Nr. des Postkatalogs 3334) ohne Bringegeld vierteljährlich M. 4,20; durch die Kolportöre wöchentl. 36 ₰ frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 ₰. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 ₰.
Verantwortlicher Redaktör: Gustav Wabersky in Hamburg.

Sonntag, den 25. Februar 1900.

Anzeigen
werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermiethungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abds.), sowie in sämmtl. Annoncen-Büreaus
Redaktion und Expedition: Große Theaterstraße 44 in Hamburg.

Hierzu zwei Beilagen und das illustrirte Unterhaltungsblatt
„Die Neue Welt".

Der Flottenaufruf der Studentenschaft.

Wielerlei schmurrige Blasen hat die rasende See des Flottenrummels schon getrieben, zu den schmurrigsten aber gehört unstreitig der energische Flottenaufruf der deutschen Studentenschaft an das deutsche Volk. Man möchte darauf wetten, daß er nicht in völlig nüchternem Zustande abgefaßt wurde, sondern im Stadium hoher Bierseligkeit auf der Kneipe, lange nach Mitternacht, als schon die Straßen anfingen, sich von vereinzelten Arbeitern zu beleben, die zu ihrem früh beginnenden Tagewerk in die Fabrik pilgerten. Dieser Aufruf übertrifft noch an Komik den anderen, mit dem die Herren Studenten im vorigen Jahr die Oeffentlichkeit alarmirten behufs Sammlung von Geldern zur Errichtung von Bismarcksäulen.

In die heitere Stimmung, in welche dieser Studentenulk versetzt, mischt sich aber auch eine gute Dosis Galle. Wie kommen diese grünen Jungen, die von Politik verstehen was eine Kuh vom Lautenschlagen — nicht weil sie zu jung dazu sind, sondern weil sie sich gar nicht ernsthaft damit befassen, wozu ihnen ja das Kneipen, das Mensurenwesen, das Suitisiren und andere Amusements gar keine Zeit lassen — wie kommen sie dazu, an das deutsche Volk Ermahnungen über seine politischen Aufgaben zu richten! Hätten sie wenigstens ihren famosen Aufruf an ihre Kommilitonen oder Klassengenossen gerichtet. Aber an das deutsche Volk! Was geht euch das Volk an! Was habt ihr mit dem sauer um seine Existenz arbeitenden Volk zu schaffen! Ist es nicht empörend, daß diese Herrchen, die dem Kampf um's Dasein niemals in's Auge gesehen haben, die mit dem Wechsel ihrer „Alten" ein Schlaraffenleben führen, die auf die arbeitende Klasse herunterſehen wie dereinst ein Adeliger von sechszehn Ahnen auf einen Roturier und per „Knoten" und „Proleten" von den Arbeitern reden, was ja in deren späteren Verhalten in Amt und Würden so giftige Blüthen und Früchte zeitigt — sich anmaßen, dem „Volke" Patriotismus zu predigen!

Es gab freilich einmal eine Zeit, wo die deutsche Studentenschaft anders geartet war als die heutige. Damals hatte das Wort Patriotismus in ihrem Munde echten Klang und es stand ihr gut zu Gesicht, die Fahne des Patriotismus aufzurollen, um das Volk dafür zu entflammen. Es war die Zeit nach den sog. Befreiungskriegen, in den zwanziger und dreißiger Jahren, wo die Burschenschaften und Landsmannschaften für ein einiges und freies Deutschland Propaganda machten und dafür von den Regierungen und dem Bundestag hart verfolgt wurden, verfolgt und verfehmt wie später und noch heute die sozialdemokratischen Arbeiter. Die Tage des Wartburgfestes (1817), wo Studenten Bücher von Kotzebue, Kamptz, Haller und anderer Vertheidiger des Absolutismus und Feinde der Freiheit und der konstitutionellen Verfassung feierlich verbrannten und daneben Symbole der Reaktion, Zopf, Korporalstock u. dgl. in die Flammen warfen.

Damals war die Bourgeoisie noch nicht herrschende und ausbeutende Klasse, sondern beherrscht und bedrängt von Fürsten und Adel und Büreaukratie und darum die Freiheit ihr Ideal. In ihrem damaligen Nachwuchs loderte die Vestaflamme des Freiheitspatriotismus am kräftigsten empor; die Jugend ist ja feuriger, kampffroher, opferfreudiger als das bedächtige, verschrumpfte, von materiellen Rücksichten gedrückte und verängstete Alter.

Und wie zu Hause die Freiheitsliebe so sog sie von der akademischen Lehrerschaft die Liebe zur Wissenschaft ein. Das professorale Streberthum war damals nicht zum Typus entartet. Dem deutschen Gelehrten war noch die Wissenschaft die hohe himmlische Göttin, nicht die Kuh, die ihn mit Butter versorgt, wie Schiller sagt. Wenn auch bedientenhaft servil gegen die Großen, wenn auch von jämmerlicher Feigheit gegenüber der Despotie: als Priester der Wissenschaft war der damalige akademische Lehrer ein Mann von echtem Schrot und Korn, der es auch mit dem dazumal noch so mächtigen Teufel des Klerikalismus aufnahm. Diesen Enthusiasmus für die Wissenschaft flößte er auch den Studenten ein und dessen läuterndes Feuer zerstörte in der akademischen Jugend manche Schlacken des Karakters und reifte den gährenden Most zu geklärtem Wein.

Was ist dagegen der heutigen akademischen Jugend durchschnittlichen Schlages die Wissenschaft? Fachstudium, nichts als Fachstudium, um dereinst auf der Sprosse der Büreaukratie höher und höher zu steigen und ein gutes Einkommen in behaglicher Lebensstellung sich zu sichern. Längst hat ja die Universität aufgehört, von ihren Besuchern als universitas literarum (allgemeine Bildungsanstalt) geschätzt und benutzt zu werden. Ist das Gymnasium absolvirt, so werden die Klassiker beim Antiquar versilbert. Auf der Universität, wo die klassische Bildung, ihr Geist, erst erworben werden könnte, nachdem man sich auf dem Gymnasium die Formeln angeeignet, wird sie gänzlich über Bord geworfen. Ein Lotter- und Tagediebleben, unterbrochen von mehr oder weniger Berufsstudium, bildet den Inhalt der Studentenzeit in der Regel.

Dem großen Problem der Zeit, der sozialen Frage, stehen die meisten Studenten als völlige Ignoranten gegenüber. Sie haben weder das Bestreben, die sozialen Verhältnisse und Gegensätze aus dem Leben kennen zu lernen, noch in die sozialistische Wissenschaft sich zu vertiefen, um sich damit bekannt zu machen. In den seichtesten Phrasen, wie man sie an einer mit Reiseonkels besetzten Table d'hote hören kann, urtheilen sie über Sozialismus und Sozialdemokratie.

Und das wendet sich mit einem Aufruf an das deutsche Volk in einer so ernsten Sache wie der Kampf um die Flottenvorlage!

Wir wüßten keine bessere Antwort darauf als: „Bleibt in Jericho und wartet, bis euer Bart gewachsen ist."

Von der Weltbühne.

Aus dem Reichstage. Berlin, 23. Februar. Zu Beginn der heutigen Sitzung machte der Präsident Graf v. Ballestrem Mittheilung von dem im Reichstagsgebäude erfolgten Ableben des Abgeordneten Dr. Kruse. Bekanntlich ist derselbe am Mittwoch Vormittag, nachdem er eben die Sitzung der Petitionskommission verlassen, von einem Gehirnschlag betroffen und bereits völlig bewußtlos in einem anderen Zimmer aufgefunden worden. Ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, hat er dann gestern Abend um 11 Uhr in demselben Zimmer seinen Geist aufgegeben. Der Präsident ehrte das Andenken des Verstorbenen mit einem warm empfundenen Nachruf, welchen die Abgeordneten stehend entgegen nahmen.

Die fünfstündige Sitzung selbst bot des Interessanten äußerst wenig, wie gewöhnlich, wenn die einzelnen Kapitel und Titel des Militäretats zur Berathung anstehen. Vom Zentrum wurde, und zwar durch den Abg. Gröber, Protest eingelegt gegen die Art und Weise, wie mit den polnisch redenden Soldaten bei Ausübung religiöser Handlungen umgesprungen wird, um sie zu zwingen, deutsch zu reden. Sogar vor dem Beichtstuhl mache dieser Sprachenzwang nicht Halt und es sei vorgekommen, daß einem polnischen Soldaten bei Ablegung der Beichte ein Unteroffizier beigegeben wurde, um ihn zu überwachen, damit er die Beichte nicht in polnischer Sprache ablege. Dadurch aber werde das Sakrament der Beichte verletzt und ein rechtswidriger Gewissenszwang ausgeübt. Die Regierungsvertreter gaben sich die größte Mühe, die ganze Geschichte als ein Mißverständniß darzustellen, waren aber auch in diesem Falle wieder einmal nicht genügend informirt.

Der süddeutsche Volksparteiler Hoffmann (Hall) legte eine Lanze ein für die Militär-Roßärzte, deren Lage nach seinen Ausführungen keine allzu günstige ist und eine Aufbesserung wünschenswerth erscheinen lasse. Unser Genosse Hoch brachte noch einmal die schon bei der vorjährigen Etatberathung gerügte Verschleppung bei Abschätzung der durch das Kaisermanöver verursachten Flurschäden in seinem Wahlkreise zur Sprache. Der Kriegsminister verwies auf den ungeheuren Umfang dieser Abschätzungen und die Unmöglichkeit, schneller zu arbeiten, als es geschehen, versprach aber durch bessere Organisation der Abschätzungskommissionen in Zukunft derartigen Verschleppungen vorbeugen zu wollen.

Zum Militäretat hat der Abgeordnete Müller-Sagan (FVp.) beantragt, den Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß jedem Heerespflichtigen mindestens ein Mal während Ableistung seiner aktiven Dienstzeit Heimathsurlaub mit unentgeltlicher Eisenbahnbeförderung gewährt werde.

Der „Sozialpolitiker" Freiherr von Rheinbaben, der jüngste preußische Minister des Innern, entpuppt sich in seinen Reden, die er ja zu seinem Glück nicht im Reichstage, sondern nur im preußischen Junkerparlament zu halten braucht, immer mehr als eine Neuauflage seines Vorgängers v. d. Recke. Nur ein Gedanke scheint seinem ganzen Reden und Handeln den Impuls zu geben, der Gedanke: Wie kann ich die Sozialdemokratie niederzwingen? Er kehrt in seinen Reden ständig wieder. Schon bei Berathung des Etats seines Ministeriums reklamirte er, als die famose portofreie Agitation für den „Preuß. Volksfreund" zur Sprache kam, für die Beamten das Recht und die Pflicht, die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Jetzt aber will er sogar, wie aus seinen Reden am Freitag sich ergiebt, die Sozialdemokratie mit dem Gemeindewahlrecht überwinden. Das ist en miniature die Politik, welche die Junker im Großen auf den Reichstag anwenden möchten: Hinaus mit den Sozialdemokraten aus den Vertretungskörperschaften! Und geht es nicht auf dem Wege der bestehenden Gesetze, so — muß man sie eben ändern. Herr von Rheinbaben nennt das: „die gewerbsmäßigen Hetzer nicht zu vermehrtem Einfluß gelangen zu lassen". Deshalb will er die „Verführten" von den „Verführern" trennen. Das soll aber durch sein liebliches Kommunalwahlgesetzprojekt geschehen. Der Herr Minister muß zwar zugeben, „daß an den kommunalen Arbeiten auch einige Sozialdemokraten der ersten Kategorie (der „Verführten". Red. d. „Echo".) mitgewirkt haben, die sich durch sachliche und nicht durch parteipolitische Gesichtspunkte leiten ließen, aber ebenso richtig ist es, daß, wenn erst die Streber und Hetzer das Heft in die Hand bekommen, wenn sie ganze Wählerklassen erobern, daß dann an die Stelle der Förderung der kommunalen Interessen die Förderung des Parteiinteresses treten würde."

Also die Sozialdemokraten haben bisher sachlich an den Gemeindeangelegenheiten mitgearbeitet, aber der Minister weiß es ganz genau, das geschah nur, weil sie in der Minorität waren; wenn sie erst „das Heft in der Hand" haben, hört die Sachlichkeit auf und die Parteipolitik beginnt. Leichter kann man sich's wirklich nicht machen, seinen Haß gegen die Sozialdemokratie zu begründen. Uns scheint es, als ob der Minister grade die sachliche Arbeit der Sozialdemokraten fürchtet, die freilich etwas energischer werden würde, wenn sie entscheidenden Einfluß auf die Gemeinden erlangen.

Aber daran ist ja unter dem Dreiklassenwahlgesetz kaum in vereinzelten Fällen zu denken. Das ist ja grade der Zweck dieses ungerechten Wahlsystems, die Volksmassen von dem ihnen gebührenden Einfluß fernzuhalten. Deshalb konnte es auch nur einen komischen Eindruck machen, daß der Minister die Sozialdemokratie als Schreckmittel zur Begründung seiner Vorlage aufmarschiren läßt.

Der „Patriotismus" der Börsenleute. Zu den eifrigsten Verfechtern der Flottenvorlage gehören die Börsenleute und ihre Presse, welche bei dieser Gelegenheit ihren „Patriotismus" in das hellste Licht zu stellen wissen. Freilich begeht doch hier und da einmal eines ihrer Organe die Ungeschicklichkeit, aus der Schule zu schwatzen, und da stellt sich dann nicht selten heraus, welcher Art der „Patriotismus" dieser Leute ist. In neuester Zeit verfolgen wieder die festverzinslichen Anlagepapiere, deutsche und preußische Staatsanleihen, Pfandbriefe u. s. w. weichende Richtung, und besonders am 21. d. M. machte deren Entwerthung erschreckende Fortschritte. Das gab einem Berliner Börsenblatte Anlaß, zu betonen, wie der anhaltende Preisrückgang grade dieser Papiere in weite Kreise des „solidesten Sparerpublikums" schwere Beunruhigung trage; deshalb meint das Blatt, es wäre wohl an der Zeit, daß seitens der zuständigen Stellen etwas geschähe, um der nachgrade beängstigend werdenden Herabwürdigung des preußischen und deutschen Staatskredits Einhalt zu thun. Geschehen könnte dies entweder durch eine bündige Erklärung, daß neue Anleihebeträge innerhalb einer bestimmten Frist nicht zur Ausgabe kommen werden, oder, wenn solches doch beabsichtigt ist, durch schnelles, entschlossenes Handeln in diesem Sinne. Denn es gelte allgemein als sicher, daß die Verkäufe in den genannten Papieren hauptsächlich als Vorbereitungen für die Uebernahme neuer Anleihebeträge anzusehen seien, für welche die betreffenden Finanzkonsortien sich einen niedrigen Kurs sichern wollen. Diese Bestrebungen würden voraussichtlich in dem Augenblick aufhören, in welchem der Abschluß der eventuellen neuen Anleihe perfekt geworden wäre.

Eine recht nette Enthüllung! Also um die für die Flottenherrlichkeit neu auszugebenden Schuldverschreibungen des Reichs recht billig in die Hände zu bekommen und damit ein sehr profitables Geschäft zu machen, werfen die Finanzkonsortien die Preise der deutschen Staatsanleihen schon jetzt. Das ist der „Patriotismus" der Börsenleute. So bekunden sie ihre Bereitwilligkeit „zur Erhöhung der Machtstellung des Reiches" das „Ihrige" beizutragen!

Die Deckungsfrage, welcher sich die Schöpfer des neuen Flottenplans so elegant entzogen haben, wird in den Landtagen der Einzelstaaten mit Recht sehr ernsthaft behandelt. In der badischen zweiten Kammer wurde der Finanzminister in die Enge getrieben und hatte als Antwort nichts als leere Redensarten von „annehmen können" und dergleichen. Der demokratische Abgeordnete Muser betonte dagegen, daß es auch Aufgabe der Einzellandtage sei, die Deckungsfrage der Flottenvorlage zu erörtern, da diese Frage auch für den größten Freund einer bedeutenden Flotte die Hauptsache bilden werde. Es müsse dabei hervorgehoben werden, daß für die Vermehrung unserer Flotte seit 1897 neue Momente zu einer so rapiden Steigerung nicht vorlägen, wenn man von dem persönlichen Eingreifen des Kaisers absehe. Der Redner wendete sich sodann gegen die höchst ungeschickte Agitation zu Gunsten der Flottenvorlage. Hier und da bestehe diese Agitation auch in einer sehr unmotivirten Hetze gegen das Ausland, die man auch dann nicht billigen dürfe, wenn man z. B. mit seiner ganzen Sympathie bei dem südafrikanischen Kriege auf Seiten der Boeren stehe. Wenn man immer von Ausdehnung des Exportes spreche, so sorge man doch lieber dafür, gesunde Handelsverträge zu schaffen. Bei der Beantwortung der Deckungsfrage dürfe von einer Mehrbelastung des Volkes nicht die Rede sein. Man sollte vielmehr auf eine steuerliche Entlastung des Volkes bedacht sein; denn damit vergrößere man die Konsumfähigkeit und erweitere das Absatzgebiet im eigenen Lande. Auch sei es nicht ganz ungerechtfertigt, wenn die Fürsten aus ihren großen Zivillisten etwas für die Flottenvermehrung auf dem Altar des Vaterlandes opferten. Eine gewissenhafte Volksvertretung dürfe in der Deckungsfrage nicht leichtfertig vorgehen.

Darauf wußte Finanzminister Buchenberger nichts Anderes zu sagen, als er könne heute zu den einzelnen Projekten der Deckung keine Stellung einnehmen. Die Vorlage stehe aber auf dem Standpunkt, daß die Gestaltung der Reichsfinanzen im gleichen Maße gut wie bisher bleibe, was man bei der steigenden Wohlstandsentwicklung wohl annehmen könne. Auch hier gelte das kürzlich ausgesprochene Wort: „Machtförderung ist Wohlstandsförderung und schließlich auch Förderung der Steuerkraft des Volkes."

Der Zentrumsabgeordnete Hug hielt die theilweise Deckung der Flottenvermehrung durch Anleihen für eine irrationelle und vertrat die Ueberführung der Kosten auf die Einzelstaaten, die dann in der Lage wären, sie auf die leistungsfähigeren Schultern abzuwälzen.

Selbstverständlich war der nationalliberale Redner Wilckens auf Seiten des Finanzministers, während Fendrich erklärte, daß die Sozialdemokratie die ganze Flotte einfach ablehne.

Um die Kanalvorlage bildet sich nachgerade eine ganze Legende. Nach einer offiziösen Mittheilung der „Nordd. Allgem. Ztg." ist die Vorlage noch nicht an das Kabinet des Kaisers gelangt. Gegenüber der Nachricht, daß die Kanalvorlage zu Gunsten des Flottengesetzes zurückgestellt werden soll, erklärt die „Nordd. Allg. Ztg." offiziös, „daß die mehrfach kundgegebene Stellung der Staatsregierung zur Kanalvorlage sich in keiner Weise geändert hat. Die Entscheidung über den genauen Zeitpunkt der Einbringung der Vorlage kann selbstverständlich erst nach vollständiger Fertigstellung aller angekündigten Einzelvorlagen getroffen werden."

Die agrarische „Deutsche Tagesztg.", die natürlich nichts sehnlicher wünscht, als die Kanalvorlage verschwinden zu sehen, erklärt es für ein Räthsel, wie man es fertig gebracht haben sollte, die so außerordentlich schwierigen Vorarbeiten für die umfangreiche und umfassende Vorlage jetzt schon im Allgemeinen zu erledigen. „Doch darüber brauchen wir uns jetzt den Kopf der Regierung nicht zu zerbrechen. Wenn die Regierung der Flottenvorlage Schwierigkeiten machen und in der Sache selbst sich eine neue Niederlage holen will, so mag sie die Kanalvorlage überhasten. Will sie beides nicht, so hat sie die Pflicht, sie gründlich vorzubereiten und nicht zu überstürzen. Es will uns fast scheinen, als ob die Nachrichten über das Aufgeben des Plans hie und da (nicht überall) lediglich zu dem Zwecke aufgetaucht seien, um scharf zu machen und die Ueberhastung herbeizuführen."

Das heißt: Ihr Herren an der Regierung, laßt Euch mit der Kanalvorlage nur recht viel Zeit. Wenn Ihr den Agrariern diesen Gefallen thut, dann werden sie Euch auch gnädigst die Flottenvorlage bewilligen. Kommt Ihr den Wünschen nicht nach, so werden sie — zwar nicht öffentlich gegen die Flotte auftreten, aber auf Umwegen sie zu Fall zu bringen suchen, denn der „Patriotismus" der Agrarier geht zum Teufel, wenn er ihnen nichts einbringt.

Die „Post" geht in ihrem Verlangen noch weiter. Sie will unter allen Umständen den Agrariern die baare Bezahlung für ihren zweifelhaften Flottenpatriotismus gesichert wissen und erklärt deshalb rund heraus:

„Mit einer Verschiebung der Kanalvorlage bis zur nächsten Session würde aber der Reichspolitik auch keineswegs völlig gedient sein. Den Anforderungen wirksamer Durchführung der wichtigen, der Reichspolitik auf handelspolitischem Gebiete gestellten Aufgaben würde es vielmehr allein entsprechen, wenn auf eine weitere Erörterung der Kanalvorlage im Landtage bis nach dem Jahre 1903 verzichtet würde."

Im Jahre 1903 müssen nämlich die Handelsverträge erneuert werden und darauf haben sich die Agrarier ja schon lange gespitzt, um die günstige Gelegenheit zu einem unverschämten Raubzug auf die Taschen der Konsumenten und Steuerzahler zu benutzen. Ist das gelungen, dann mag der „gräßliche" Kanal der „gräßlichen" Flotte folgen. Ihren Beitrag zu den Kosten haben die Agrarier dann zehn- oder vielleicht gar hundertfach vorher eingebracht.

Einen bösen Strich durch die Rechnung der Flottenvereine hat der kommandirende General des XV. Armeekorps in Straßburg i. E. gemacht. Er hat den dortigen Flottenverein für einen politischen erklärt und den aktiven Militärpersonen den Beitritt verboten. Sämmtliche Offiziere, Sanitätsoffiziere und Militärbeamten, die in hellen Schaaren dem neu gegründeten Flottenvereine in Straßburg beigetreten waren, müssen also aus demselben wieder ausscheiden und der Verein wird mindestens die Hälfte seiner Mitglieder verlieren. Das ist Pech. Aber der kommandirende General in Straßburg hat zweifellos Recht mit seinem Verbot. Die Flottenvereine sind politische Vereine und es könnte nur verwundern, daß nicht schon längst die Militärverwaltung eine allgemeine Anweisung gegeben hat, daß Offiziere 2c. nicht den Flottenvereinen angehören dürfen. Aber — die Flottenagitation ist ja ein oben äußerst wohlgefälliges Werk.

Eine Ersatzwahl zum Reichstage ist durch den Tod des nationalliberalen Abgeordneten Dr. Kruse im zweiten hannoverschen Wahlkreise Wittmund-Aurich erforderlich geworden. In der Hauptwahl am 16. Juni 1898 vertheilten sich die abgegebenen Stimmen wie folgt. Es wurden abgegeben: für Dr. Kruse (NL.) 5253, Meyer (FVp.) 2032, Wanderredner Vissering (B. d. Landw.) 1815, Dr. Lieber (Z.) 1011, Hug (SD.) 1010 Stimmen, zersplittert 22 Stimmen; in der Stichwahl erhielten Dr. Kruse 7642, Meyer 5067 Stimmen.

Die Zwangserziehung Minderjähriger. In unserer Besprechung des hierüber vorliegenden preußischen Gesetzentwurfes haben wir hingewiesen auf die Nothwendigkeit, Garantien dagegen zu schaffen, daß das Antragsrecht, welches dem Landrath eingeräumt werden soll, mißbraucht werden kann. Auf denselben Standpunkt stellt sich in einem kürzlich gehaltenen und jetzt im Druck erschienenen Vortrage der Landgerichtsrath Dr. Aschrott. Er führt aus:

„Mein Haupteinwand besteht darin, daß der Landrath politischer Beamter ist und daß wir uns grade bei der weiten Ausdehnung, die wir der Zwangserziehung jetzt geben, vor nichts so sehr zu hüten haben, als auch nur den Verdacht aufkommen zu lassen, daß die neue Maßregel in irgend einer Weise mit der Politik, mit politischen Anschauungen verquickt werden könnte. Ich weiß wirklich nicht, ob ich es nicht lieber noch bei dem alten, nach dem Gesetze von 1878 bestehenden Verfahren, wonach jeder Mann aus dem Volke und jede Behörde den Antrag auf Zwangserziehung stellen kann, bewenden lassen würde, als dem Landrath die Funktionen des alleinigen Antragstellers zu geben.

. . . . . Daß damit den Gerichten — und zwar nicht blos den Amtsgerichten, sondern auch den Landgerichten in der Beschwerdeinstanz — eine Unsumme nutzloser Arbeit gemacht würde, kommt nicht so sehr in Betracht, als der schwere Mißbrauch, welcher mit einem unbeschränkten oder wenig beschränkten Antragsrechte getrieben werden kann. Aus Haß, Bosheit und niedriger Gesinnung, oder auch nur aus einem moralischen oder religiösen Uebereifer könnten gerichtliche Verfahren herbeigeführt werden, welche, wenn sie auch schließlich zu einer Ablehnung des Antrags führten, der betreffenden Familie die größten Unannehmlichkeiten und die peinlichsten Verlegenheiten bereiten würden. Nein, wenn das neue Gesetz nicht ebenso große Gefahren heraufbeschwören soll, als es zu beseitigen beabsichtigt, so ist die erste Voraussetzung, daß das Antragsrecht einem in keinerlei Weise persönlich interessirten Beamten übertragen wird, der sich der vollen Verantwortlichkeit, die er mit der Stellung seines Antrages übernimmt, bewußt ist."

Dr. Aschrott glaubt, daß die geeigneten Persönlichkeiten für das Amt des Jugendanwalts sich besonders unter den pensionirten Offizieren finden würden, von denen viele dieses Amt, wenn eine mäßige Besoldung damit verknüpft wäre, gern übernehmen würden.

Letzterer Vorschlag ist entschieden zurückzuweisen. Weshalb grade pensionirte Offiziere sich zum Amt eines „Jugendanwalts" eignen sollten, vermögen wir nicht einzusehen. Unter allen Umständen ist notorisch ehrenhaften und verständigen Männern und auch Frauen aus dem Volke der Vorzug zu geben. Auch sollte die Jugendanwaltschaft nicht von Einzelnen, sondern von Körperschaften, so z. B. Schulkollegien, jedenfalls unter Betheiligung von Vertretern der Schule, ausgeübt werden.

Der „Fall Arons" soll nach der „Voss. Ztg." erledigt sein. Sie berichtet: „Der langwierige Disziplinarprozeß gegen den Privatdozenten Dr. Arons hat sein Ende gefunden, eine Ende, wie es nach der Entstehung und dem Verlauf dieses Verfahrens erwartet werden mußte. Vom Staatsministerium, wenn auch auf Anregung einer Stelle außerhalb des Ministeriums, war die Anklage ausgegangen. Das Staatsministerium hat, als das vorhandene Recht zur Erreichung des gewünschten Zweckes nicht ausreichte, das Privatdozentengesetz geschaffen; jetzt galt es, das Gesetz anzuwenden, und der höchste Gerichtshof, der endgültig entscheidet, ist dasselbe Staatsministerium, von dem das Verfahren eingeleitet war. Das Staatsministerium hat daher bestimmt, daß der Privatdozent Dr. Arons aufgehört habe, Privatdozent zu sein! Das Urtheil ist bereits durch Vermittlung des Universitäts-Kuratoriums ausgefertigt worden."

Das berichtende Blatt bemerkt dazu am Schlusse einer längeren Betrachtung: „Die Sozialdemokratie hat Glück. Helmholtz und Zeller hatten, wie Schmoller versicherte, als undenkbar angesehen, daß Arons von der Kanzel getrieben werde; das Staatsministerium hat anders entschieden. Das ist die erste große That Preußens im neuen Jahrhundert. Wie sagt doch noch im „Probekandidaten" der Kollege am Schluß des Stückes zu dem in Meklenburg Gemaßregelten: Lieber Freund, was willst Du nach dem Kongo gehen, geh' nach Preußen, da hat noch jeder Staatsbürger das Recht, in Wort und Schrift seine Meinung frei zu äußern. Dahin mußt Du gehen. Warum, Herr Studt, erhebt sich wohl bei dessen Schluß jedes Mal im verständnißvollen Publikum eine gradezu infernale Heiterkeit?"

Die agrarischen Schutzzollbestrebungen werden immer unverschämter, damit aber auch immer sinnloser, weil die Vertreter dieser Art von Schutzzollpolitik sich nicht im Mindesten über die unausbleiblichen Folgen solcher Politik klar werden. Im vorigen Jahre verlangten die baierischen Hopfenproduzenten einen Hopfenzoll von M. 60 per Doppelzentner. Jetzt sind sie schon bei M. 100 angekommen. In der jüngsten Ausschußsitzung des deutschen Hopfenbauvereins wurde diese Zollforderung fixirt und es soll eine intensive Agitation hierfür in's Werk gesetzt werden. Die Produzenten wollen sich den auswärtigen, namentlich den böhmischen Hopfen vom Halse halten. Nun ist aber die Ausfuhr von Hopfen aus dem deutschen Zollgebiet im Jahre 1899 zweieinhalb Mal so groß als die Einfuhr gewesen. Der 1899 eingeführte Hopfen repräsentirt einen Werth von M. 1[illegible]132000, der ausgeführte einen Werth von M. 28097[illegible]00. Der Werth des ausgeführten Hopfens wird also auf mehr als das Doppelte des eingeführten geschätzt. Wenn die Zölle nach dem Sinne der Agitatoren erhöht werden, würde das Ausland wohl unzweifelhaft mit Repressalien antworten. Durch diese würde die Ausfuhr schwer getroffen werden und wer würde diese Rechnung zu bezahlen haben? Die Produzenten. Ein Vergleich der Ein- und Ausfuhrziffern lehrt übrigens auch, daß die Produzenten gegen den Handel etwas dankbarer sein sollten, statt ihn eliminiren zu wollen. Kein Pfund Hopfen wird durch den Produzenten oder durch Verkaufsgenossenschaften in's Ausland gebracht. Das muß ganz allein der Hopfenhandel leisten. Aber die einseitige agrarische Bornirtheit glaubt, wie selbst ein preußischer Minister treffend sagte, sie sei allein auf der Welt.

In der Debatte über den Bergarbeiterstreik in der sächsischen zweiten Kammer haben sich sämmtliche Redner der bürgerlichen Parteien auf die Seite der Regierung gestellt. Der sozialdemokratische Vertreter der Interpellation, Genosse Fräßdorf, blieb jedoch den Herren die Antwort nicht schuldig. Er bemerkte zunächst gegen den Minister, daß die Redensart, der Streik sei nicht nothwendig gewesen, eine sehr bequeme Ausrede darstelle. Wie soll denn deklarirt werden, wann ein Streik nothwendig ist. Nach den Begriffen der sächsischen Regierung kämen dann die Arbeiter nie in die Lage, zu streiken. Damit, daß der Streik „von außen hinein" getragen sein soll, hat man das Karnickel gefunden — man schwingt den rothen Lappen und bezeichnet unbequeme Dinge als sozialdemokratisch. Der „Agitator" Horn hat mir versichert, überhaupt nicht für den Streik gesprochen zu haben, und Sachse hat es erst gethan, als die Forderungen der Arbeiter brüsk abgelehnt wurden. Jedermann im Streikgebiet weiß, daß grade die Führer sehr gedämpft haben, ehe sie dem Streik zustimmten. Nun er ausgebrochen ist, ist es allerdings verfluchte Pflicht und Schuldigkeit der sozialdemokratischen Arbeiter und Zeitungen, die Streikenden zu unterstützen. Der Streik als solcher ist keine sozialdemokratische Handlung, es streiken christliche, Hirsch-Dunker'sche und nicht organisirte Arbeiter, und man hat gestreikt, ehe es Sozialdemokraten gab. Der Herr Minister hat sich der armen Arbeiter sehr angenommen. Diese werden sich aber ihre Helfer suchen, oder sich selber helfen. Sie kennen das warme Herz der Regierung noch von der Entrechtung durch das Klassenwahlrecht her. Das wird nie vergessen werden. Es wird gesagt, die gesetzlichen Vertreter der Arbeiter hätten die Sache führen sollen. Diese haben aber erklärt, sie bedanken sich dafür, auf dem Werk so etwas zu machen — aus Furcht vor Maßregelung. Man soll sich doch nicht so an die Form halten; die Streikkommissionen sind doch auch die Gewählten der Arbeiter. Der Minister ist nicht in der Lage gewesen, irgend etwas von Belästigung oder Störung der Ordnung zu beweisen, er sagt nur, die Möglichkeit liege vor. Damit sind aber die Maßregeln nicht gerechtfertigt. Das Streikpostenstehen ist im Reichstag wiederholt für zulässig und nothwendig erklärt worden. Redner suchte dann zahlenmäßig dem Abg. Klötzer zu beweisen, daß das Steigen der Arbeiterlöhne in keinem Verhältniß steht zu dem der Unternehmergewinne. Es komme auch darauf an, welche Schichtzahl die Arbeiter machen. Im Zwickauer Revier seien 350 Schichten jährlich keine Seltenheit, es sei sogar vorgekommen, daß 428 Schichten gemacht wurden, und Sonntags wird in den Werken auch ganz schön gehackt. Wer da nicht „freiwillig" mitmacht, bekommt schlechtes Gedinge, so daß er nichts verdient, bis er von selbst geht. Die Rede des Abg. Richter war eine echt sächsisch-nationalliberale Leistung. Wir hatten nicht auf Unterstützung der Nationalliberalen gerechnet, aber daß diese alle Maßregeln der Regierung gutheißen, sich noch besonders dafür bedanken, brauchte man doch nicht anzunehmen. Sie haben sich das Bravo! der Konservativen verdient. Eine Glanzleistung war auch die Forderung nach Arbeitswilligenschutz. Sie haben heute den Konservativen bewiesen, daß sie auch sächsisch-regierungsfähig sind. Andere Leute ihrer Partei im Reichstage denken über die fraglichen Dinge anders. Redner ging dann noch weiter auf einzelne von den Gegnern und der Regierung vorgebrachte Einwände, sowie auf Verhältnisse der Zwickauer Bergarbeiter — Arbeitszeit 2c. — ein, und kennzeichnete die durch das Vorgehen der Behörden und Unternehmer hervorgerufene Stimmung unter der Bevölkerung.

Nachdem die Debatte vier Stunden gedauert, wurde ihr durch einen Schlußantrag ein Ende gemacht und damit war die Interpellation „erledigt". Praktische Folgen in der Richtung, die Regierung zu einer vorurtheilsloseren Beurtheilung und Behandlung der Arbeiter zu veranlassen, wird sie nicht haben. Wer die sächsische Regierungspraxis kennt, konnte das auch nicht erwarten. Aber die Bergarbeiter haben Gelegenheit gehabt, zu erkennen, wo sie ihre Freunde, wo ihre Feinde zu suchen haben.

Die freisinnige Kommunalpolitik hat in Norddeutschland schon schöne Blüthen gezeitigt; man denke nur an den Wahlrechtsraub in mehreren holsteinischen Städten. Daß der süddeutsche Freisinn gleichwerthig mit seinem norddeutschen Namensvetter ist, beweist Folgendes: In Fürth hat die sozialistisch-demokratische Mehrheit im Gemeindekollegium eine Herabsetzung der Heimathgebühr für Inländer von M. 40 auf M. 27 eingeführt. Also eine höchst bescheidene Erleichterung der auf Fernhaltung der breiten Masse vom Ortsbürgerrecht zielenden Vorschriften. Aber den „Freisinnigen" ist das schon viel zu viel. Deren Organ, der „Fränk. Kur." bemerkt dazu: „Im Effekt läuft die Maßregel auf nichts Anderes hinaus, als durch die erleichterte Aufnahme von Arbeitern sich die Herrschaft auf dem Rathhause womöglich zu sichern."

Aber im „freisinnigen" Programm steht unentwegt die Forderung auf Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts. Doch Theorie und Praxis sind zweierlei!

Im österreichischen Abgeordnetenhause ging es am Freitag schon etwas lebhafter her als am ersten Tage der Verhandlungen. Ersten Anlaß gab die Rede des Landesvertheidigungsministers Grafen Welserheimb, der die Maske des Militarismus etwas lüftete, indem er das Heer als Kampfmittel gegen den inneren Feind bezeichnete. Er antwortete ziemlich schroff auf die vorausgegangene Rede des Tschechen Dolezal, der den Monarchen in einer Weise in die Debatte gezogen habe, auf die nicht nur die Entrüstung der Armee, sondern aller Völker antworten werde. Der Minister erklärte: „Das sind nicht die Freunde des Parlamentarismus, welche ihn in Formen treiben, die ihn schließlich unmöglich machen. Die Armee ist eine Institution von gemeinsamem Zusammenwirken, zum Schutze nicht nur gegen die äußeren, sondern vielleicht gegen die noch gefährlicheren Feinde im Innern." (Großer Lärm bei den Tschechen, Sozialdemokraten und Schönerianern.) Rufe: „Wer sind denn diese Feinde?" Der Minister entgegnet: „Das sind Diejenigen, die durch Verhetzung und Ausschreitungen den gesetzgebenden Körper verhindern wollen, in Ruhe und mit Ueberlegung zu arbeiten. Die Armee und ihre Vertretung stehen vollkommen den politischen, nationalen und sozialen Kämpfen fern. Die Armee erwarb durch ihre ruhmreichen Kämpfe auf den Schlachtfeldern Europas für unser gemeinsames Interesse und unser Vaterland die